

6. ver.di-Bundeskongress

[17.-22. September 2023, Berlin]

Resolution

Stoppt die Ungleichbehandlung Solidarität mit allen Schutzsuchenden

ver.di fordert von der deutschen Bundesregierung ein Ende ihrer menschenunwürdigen Asylpolitik und eine Zeitenwende hin zum Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, auf Schutz und auf soziale Absicherung für alle Geflüchteten.

Menschen, die aufgrund des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine fliehen mussten, dürfen visumsfrei nach Deutschland einreisen und ihren Wohnort grundsätzlich selbst wählen. Sie bekommen einen Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG, werden bei der Wohnungssuche unterstützt, bekommen unbürokratisch eine Arbeitserlaubnis und bei Bedarf erhalten sie wie alle anderen Menschen in Deutschland Grundsicherung nach dem SGB II bzw. XII. Damit wurde endlich umgesetzt, was Gewerkschaften und Flüchtlingsorganisationen seit Jahren fordern.

Geflüchtete aus anderen Kriegs- und Krisengebieten hingegen müssen – sofern sie es überhaupt schaffen, die abgeriegelten Grenzen zu überwinden monatelang – in Sammellager ohne Privatsphäre ausharren. Ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt, ihr Zugang zur medizinischen Versorgung begrenzt und Sozialleistungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz beschränkt. Oft müssen sie jahrelang um die Erlaubnis zur Aufnahme von Arbeit kämpfen, die dann meist auch nur eingeschränkt gewährt wird.

Am Ende eines langen und nervenaufreibenden Asylverfahrens steht für viele nur eine Duldung und ein eingeschränkter Schutzstatus mit erneuten eingeschränktem Zugang zu Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt, verbunden mit der ständigen Angst, abgeschoben zu werden.

Wir fordern:

1. sicherer Aufenthalt statt Angst vor Abschiebung für alle Schutzsuchenden
 - Die Anwendung des § 24 AufenthG auch für Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan, Syrien, Somalia und Eritrea.
 - Ein Bleiberecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt längst in Deutschland gefunden haben.

2. Gesellschaftliche Teilhabe statt Ausgrenzung und Diskriminierung für alle Schutzsuchenden
 - einen unverzüglichen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen.
 - das sofortige Recht, eine Arbeit aufzunehmen.
 - Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
 - vollen Zugang zu den Gesundheitsleistungen nach dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen.
 - Die Verabschiedung von Aufnahmekonzepten, die allen Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen.